

Bezugspreis: In ganzen deutschen Reich: Anserhalt des deutschen Jahrl. . . . 18 Mark. Reiches tritt Post- und 4 jährlich: 4 Mark 50 Pf. Stempelzuschlag hinzu. Einzelne Nummern: 10 Pf.

Ankündigungsgebühren: für den Raum einer gespaltenen Zeile kleiner Schrift 30 Pf. Unter „Eingewandt“ die Zeile 50 Pf. Bei Tabellen- u. Ziffern gedr. Aufschlag.

Erscheinen: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage abends.

Dresdner Journal.

für die Gesamtleitung verantwortlich: Otto Bank, Professor der Literatur- und Kunstgeschichte.

Annahme von Ankündigungen anwärts: Leipzig: Fr. Brandstetter, Commissionär des Dresdner Journals; Hamburg-Berlin-Wien-Leipzig-Basel-Breslau-Frankfurt a. M.: Haasenstein & Vogler; Berlin-Wien-Hamburg-Frankfurt a. M.: W. Metzner; Breslau: E. Schöler; Paris-London-Berlin-Frankfurt a. M.: Strauß; Dresden: G. Müller's Nachfolger; Hannover: C. Schöler; Halle a. S.: J. Bock & Co.

Herausgeber: Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Zwingelstraße No. 20.

Amtlicher Teil.

Dresden, 8. März. Se. Majestät der König haben allergnädigst zu genehmigen geruht, daß die Hofoper- und Kammerjägerin Therese Walten die von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzoge von Oldenburg ihr verliehene goldene Verdienstmedaille annehme und trage.

Bekanntmachung.

Die am 24 Juni 1837 verstorbenen Wittve des Geheimen Registrators Gräfe, Frau Sophie Dorothee verm. Gräfe geb. Köning ist in ihrem am 10. Juli 1834 errichteten, am 25. Juni 1837 vor dem vormaligen Justizamt Dresden publizierten Testament ein Kapital von 24 000 M., welches infolge eines am 19. Juli 1834 von der Erbverlierin errichteten Kodizills auf die Summe von 35 603 M. 2 Pf., vermehrt worden ist, mit der Bestimmung ausgelegt, daß die nach Verlauf eines Jahres, vor ihrem Todestage an gerechnet, erwachsenden Zinsen dieses Fonds zu gleichen Theilen an sechs durch das Loos zu bestimmende eheliche Kinder, Enkel, U- oder Urenkel ihrer Geschwister oder der Geschwister ihres obgenannten Ehegatten, welche noch nicht das 14. Lebensjahr erfüllt haben, vertheilt werden sollen. Die zur Perception gelangenden Beträge sind nur zwei Jahre nach einander im Gemüthe, können aber in der Folge, wenn keine anderen Interessenten vorhanden sind, nochmals und nach Befinden mehrere Male nach das Loos auf die gleiche Zeit in den Gemüthe vertheilt werden.

den 15. Juni 1887

Schriftlich anzumelden, unter der Verwarnung, daß diejenigen, welche sich dahin nicht angemeldet, oder nicht ausreichend legitimiert würden, zu dem Loosungstermine nicht zugelassen und bei der Vertheilung der betreffenden Gelder nicht berücksichtigt werden sollen. Zu der unter Leitung des Rechtsanwalts und Notars Dr. Jexner in Dresden stattfindenden Vertheilung selbst ist

der 30. Juni 1887

abzuerwartet, an welchem Tage die Eltern, resp. Vormünder der angemeldeten und legitimierten Percipienten

Vormittags 10 Uhr

in Saale des Grundstücks der hiesigen Kaufmannschaft — Oststraße Nr. 9 — zur Loosung entweder in Person oder durch gehörig legitimierte Bevollmächtigte sich einzufinden haben. Für die im Verloosungstermine Anwesenden wird durch eine hierzu beauftragte Person gelooft werden.

Dresden, am 7. Februar 1887. Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts. von Gerber. Fiedler.

Feuilleton.

Freitag, den 11. März, am Vortage, fand in der Dreikönigskirche zum Besten des Fonds zur Bekämpfung armer Konfirmanden ein großes geistliches Konzert statt: die Aufführung von J. Haydns „Schöpfung“ seitens der R. Schumann'schen Singakademie unter Direction des Hrn. Musikdirectors Fr. Baumfelder. Der letztere hatte das herrliche Werk mit außerordentlicher Sorgfalt einstudiert. Der Chorgesang war präcis, frisch, rein und kräftig, die Chorbewegungskapelle bemühte sich, möglichst Gutes zu leisten und die Ausführung der Solopartien durch Fel. v. Friedmann, Hrn. Gudehus und Hrn. C. Hildbach war eine musikalisch fortreitendste lobenswerte und bot teilweise ein treffliches Gesangs- und Instrumentalvortrag. Der Vortrag eines wohlgeleiteten und vorzüglichen Vertrauens mit der Behandlung derartiger Gesangsleistungen. Fel. Friedmann, welche diese Partie zum ersten Male sang, machte einen sehr gewinnenden Eindruck durch den ersten Theil, welchen sie offenbar ihrem Studium gewidmet hatte, und durch den damit erlangenen Erfolg. Dieser zeigte sich namentlich schätzenswert in der beiden großen Arien (1. und 2. Teil), wenn auch eine hier nötige gewisse objektive Ruhe in der Haltung des Vortrags noch nicht erreicht war. Die Kirche war extremlicher Weise von Zuhörern vollständig gefüllt. Der Eindruck dieses gemalten, so kostbaren wie populären Werkes, voll unermüdetlicher

Nichtamtlicher Teil.

Telegraphische Nachrichten.

Madrid, 11. März. (B. T. V.) Auf Befehl der Königin wird sich General Cordova nach Berlin begeben, um Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm die Geburtstagswünsche der Königin zu überbringen.

London, 11. März. (B. T. V.) Das „Reuter'sche Bureau“ hört gerüchtwiese, im Cabinet beabsichtigten Meinungsverschiedenheiten bezüglich des für Irland zu erlassenden neuen Agrargesetzes, dessen Bestimmungen angeblich den Anschauungen des Königs nicht entsprechen sollen.

Unterhaus. Unterstaatssekretär Ferguson erklärte auf ein ihm gerichtete Ansuchen, dem diplomatischen Agenten Englands in Bulgarien sei keinerlei Instruktion erteilt worden, sich bei den Regenten Bulgariens irgendwie in die Ausübung der denselben obliegenden Pflichten einzumischen. Von Ausland sei der Regierung über die Hinrichtung der Aufständischen in Bulgarien keine Mitteilung zugegangen. Was den Charakter und Inhalt der Verhandlungen Drummond Wolffs mit der Pforte anbetreffe, so werde die Regierung darüber Mitteilung machen, sobald sie es als für das Staatsinteresse dienlich erachte. Der erste Lord der Admiralität, Lord Hamilton, erwiderte auf eine Anfrage, das Staatsinteresse erfordere, noch Schweigen zu beobachten über die Persönlichkeit, die sich in den Besitz von geheim gehaltenen Plänen der Admiralität gefügt habe, gegen die amerikanische Gefandtschaft oder eine Zeitung liege aber keine diesbezügliche Anklage vor.

Rom, 11. März, abends. (B. T. V.) Depu- tiertenkammer. Zu der von Crispi gestern beantragten Tagesordnung, in welcher die Haltung des Ministeriums in der letzten Krise als den parlamentarischen Gebräuchen zuwiderlaufend gerügt wird, nahm zunächst Bonghi von der Rechten, sodann Bovio von der äußersten Linken, und nach diesem Raporta von der Linken das Wort. Der Präsident kündigte darauf an, daß Crispi seinen Antrag dahin abgeändert habe: „Die Kammer habe kein Vertrauen zum Ministerium und gebe zur Tagesordnung über.“ Ministerpräsident Depretis erklärte, er wolle nichts anderes, als die Verfassung und eine feste Majorität, er könne auf seinem Posten nicht bleiben, ohne sich wenigstens auf ein klares Bortum der Kammer zu stützen. Wenn dies nicht der Fall, möge die Kammer Crispi bezeichnen, damit möge die Regierungsgewalt übernehmen. Die abgeänderte Tagesordnung Crispi wurde hierauf in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 194 Stimmen abgelehnt.

Wentone, 11. März. (B. T. V.) Heute nachmittags 3 Uhr 10 Sekunden erfolgte hier ein heftiger Erdstöß, durch welchen nicht bloß die Möbel in den Häusern, sondern auch vielfach Mauern umgestürzt wurden. Der Erdstöß ist von Savona bis Nizza verspürt worden. Unter den Fremden in Monaco herrscht panischer Schrecken.

Nach hier eingegangenen Meldungen ist die Provinz Porto Maurizio heute nachmittags kurz nach drei Uhr abermals von einem Erdbeben heimgesucht worden, gleichzeitig wurde ein heftiger wellenförmiger Erdstöß in Ventimiglia wahrgenommen. Die Bevölkerung hat die Häuser, welche bewohnbar geblieben waren, verlassen und sich in die nach dem vorigen Erdbeben errichteten Baracken geflüchtet.

Dakara, 12. März. (Tel. d. Dresdn. Journ.) Der „Agence Havas“ wird von hier gemeldet: jugendlicher Frische und inniger Heiterkeit des Geistes, voll reicher Phantasie, voll Liebe und freudigstem hochpoetischem Aufschwunge des Gemüths, scheint unanwendbar in seinem bereiten, herzwinnenden Lachen. Haydn komponierte „daß es im Herzen sitzen bleibe“, nicht, daß es Herzen und Sinne aufrege. Und wie er in all diesem ein Vorbild bleibt, so auch in dem süßlich reinen, wahrhaftigen und begehren Sinne, mit welchem er der Kunst diene. Es giebt eine große Anzahl von Musikern — und bedeutende Talente zählen dazu —, welche Haydn's Werke mit offenem Wort auf den Aussterbeort der musikalischen Literatur setzen. Haydn's Genie wird in seinen Werken diese nervösen Hirngepinne unserer Zeit überdauern, deren Eigenthümlichkeit in Wahrheit und Einfachheit Schöne, Bollende und geistig Unvergängliche in der Kunst — unabhängig von Form und Ausdrucksweise der Zeit — nicht zu empfinden und zu begreifen vermögen.

G. Band.

Nur eine Strophe. Novelle von Erich Norden. (Fortsetzung.)

Aber lieber noch als in des Professors blaue Augen schaute er in Etelka's schwarze Augen, und mitunter war es ihm, als brenne die Glut, die aus ihnen strömte, ihm ins Herz hinein, und als müsse er ihr zu Füßen sinken und ihr sagen, daß er sie liebe für alle Zeit. Und doch wieder war eine Stimme in ihm, die ihn warnte, nicht so stürmisch vorzugehen, sondern zu warten, bis er eine Sicherheit habe, daß seine Liebe Erwiderung finde. Und die hatte er noch nicht. Wie

Das Kriegsgericht in Ruffschaf verurtheilte den Marinikaplan Kifimoff und 2 Zivilpersonen, welche der Teilnahme an dem Aufstande beschuldigt sind, erkeren zu einjähriger Festungshaft, letztere zum Tode. 300 jüngere Soldaten wurden begnadigt, 125 ältere zu ein bis dreijährigem Gefängniß verurtheilt. Letztere überreichten, wie es heißt, Gnadengesuche.

Dresden, 12. März.

Die dritte Lesung der Militärvorlage.

Wie unsere Leser aus dem Reichstagsbericht im heutigen Blatte erfahren, wurde die Militärvorlage gestern in dritter Lesung im Reichstage endgiltig angenommen. Am meisten hat das Verhalten des Zentrums während der Verhandlungen das allgemeine Staunen erregt. Beharrlich widersetzten sich die Ultramontanen bei dem früheren Reichstags der Annahme des Septennats, dieses Mal enthielt sich mit Ausnahme des bereits bei früheren parlamentarischen Verhandlungen als Anhänger des Septennats aufgetretenen Dr. Reichensperger und sieben anderer Septennatsanhänger die Hauptmasse des Zentrums der Abstimmung. Die Tagespresse beschäftigte sich daher vorzugsweise mit dieser von dem Abhange Dr. Windthorst befolgten Taktik. Wir stellen von diesen Urtheilen einige nebeneinander.

Die „Post“, welche ihrem Aufsatz den Titel: „Der feste Turm schwankt“ gegeben hat, schreibt folgendes: „Der Höhepunkt von Hrn. Windthorst's Aktion im verflochtenen Winter war der Moment, wo auf sein Kommando alles in die von ihm geleitete Schlachtordnung einströmte und er mit dem Schwinbel „Jeder Mann und jeder Groschen“ den großen Wahltrumpf ausgepielt zu haben glaubte, der seine Herrschaft in Parlamente dauernd sichern sollte.“

„Bene sein angelegentliches Wandern hatte die Probe einer mit elementarer Kraft sich vollziehenden Wahlbewegung nicht bestanden; jetzt brach bei der zweiten Lesung der Militärvorlage die Scheinmajorität vom 14. Januar auch äußerlich völlig zusammen. Sozialdemokraten, Polen, Elässer zeigten ihr wahres Gesicht und stimmten überall mit Nein. Und das Zentrum? Wer erinnert sich nicht noch der mehr pathetischen, als sachlich begründeten Ausrufung Windthorst's in der zweiten Lesung, daß erst die in den Sitzungen fleißig geübten Mitglieder abgewartet werden müßten, bevor die Fraktion sich über ihre Stellung schlüssig machen könne? Und nun parturient montes, nascetur ridiculus mus!“

„Denn Stimmhaltung ist so ungefähr das Kläglichste, was eine große Partei gegenüber einer Frage, wie der des Septennats und der Friedenssprachensfrage, thun kann. Weber ja noch nein zu sagen wagen, ist das Non plus ultra schwächlicher Halbheit, ein Verlegenheitsmanöver, welches die innere und äußere Schwäche der Partei freilich mehr aufdeckt, als verbirgt. Und selbst mit dieser Wahlschlappentat war die Einigkeit des Zentrums bei der entscheidenden Abstimmung nicht zu erzielen. Sowoohl die Septennatsparteien als die negativen Elemente erhielten Zugang von den Reichstagen: ein Beweis, daß das Zentrum zu einer positiven Aktion in dem einen oder anderen Sinne völlig unfähig war, daß Stimmhaltung das einzige Mittel war, um einem weitergehenden Auseinanderfallen vorzubeugen. Ob das Mittel nicht das schlimmste Uebel ist, erscheint freilich fraglich. In das Mauseloch der Stimmhaltung kriechen und die Verbindeten vom 14. Januar einfach im Stiche lassen, zeigt weder von Mut, noch von gutem Gemüthe. Eine Partei, welche so schwach sich erweist, gräbt ihr eigenes Grab.“

„Am wenigstens wird dieses Verhalten durch die Begründung gedeckt, welche Hr. v. Franckenstein zum

Besten gab. Er behauptet, das Zentrum stehe noch auf demselben Standpunkt, wie am 14. Januar, aber es handelt sich nicht um dasselbe. Er behauptet, das Septennat sei eine Veränderung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages und des deutschen Volkes, gleichwohl wagt man nicht, gegen dasselbe zu stimmen. Daß die Behauptung völlig falsch ist, angeht die Thatsache, daß das Septennat der bestehende Rechtszustand ist, auch nicht erwiesen werden kann, erscheint selbstverständlich. In Hrn. v. Franckenstein's Augen ist es augenscheinlich eine Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes, daß ihm durch das Septennat die Möglichkeit abgeschnitten ist, den Reichshof gegen das Ministerium auszuheben nach drei Jahren wieder in Bewegung zu setzen. Jedem dürfte eine solche Auffassung stark subjektiv gefärbt erscheinen.“

„Last not least die wahrhaft geniale Bemerkung, daß das Zentrum sich der Stimme enthalte, um nicht den Schein eines abnehmenden Verhaltens zu erwecken. Also der bloße Schein ist für das Verhalten in einer nationalen Frage ersten Ranges für die Herren Windthorst und Franckenstein und ihre Gefolgschaft maßgebend! Dabei wird selbstverständlich der Zweck dieses Scheinmanövers nicht erreicht. Denn Stimmhaltung bedeutet praktisch in solchem Falle genau dasselbe wie Ablehnung. Wer nicht für mich ist, ist wider mich, gilt hier mehr denn je. Die jetzige Stimmhaltung beweist vielmehr zur Evidenz, daß die Windthorst'sche Parole „Jeder Mann und jeden Groschen“ einfach Schwinbel war. Denn das Zentrum hat in seiner großen Mehrheit in dem entscheidenden Momente nichts, weder einen Groschen, noch einen Mann, bewilligt.“

„Und wie würdig ist dies ganze Verhalten! Am 14. Januar provozierte das Zentrum unter Windthorst's Führung die Auflösung, nun sich dieser Streich als ein völliger Fehlschlag erwiesen hat, spielt es nicht mehr mit. Da haben sich doch die Freistimmigen ungleich achtungswerter betragen, sie blieben ihrem Standpunkt treu, so schwere Verluste ihnen derselbe eingetragten. Herren Windthorst's scheint seine ganze taktische Kunst abhandeln gekommen zu sein. Ein so klägliches Verhalten, wie es die Mehrheit des Zentrums am gestrigen Tage sich zu Schulden kommen ließ, zeigt nicht nur einen starken moralischen Defekt, es ist auch eine Dummheit ersten Ranges.“

Die „Neue Preussische Zeitung“ sagt: „Während der sich consequent bleibende Flügel der Opposition völlig zusammengekrümpt war, gefiel sich der stärkere Flügel derselben, das Zentrum, in einer Rolle, von der eben nur ein Mann von dem Charakter der „Germania“ behaupten kann, „sie sei genau dieselbe gewesen, wie bei der Abstimmung vor den Wahlen.“ Dem gegenüber genügt der einfache Hinweis auf die Thatsache, daß bei der Abstimmung vor den Wahlen das Zentrum geschlossen für das Triennat stimmte, gestern sich ebenso geschlossen demselben gegenüber der Stimmabgabe enthielt. Im übrigen wird wohl kaum jemand sich des Eindruckes haben erwehren können, daß die gestrige Haltung des Zentrums den Stempel der Schwächlichkeit an sich trug. Wer sich an die Versicherungen des Abg. Dr. Windthorst und anderer Führer des Zentrums während der Wahlen erinnert, der mußte glauben, dasselbe werde trotz der Jacobinischen Briefe mit wenigen Ausnahmen unentwegt bei seinem „Nein“ beharren.“

Die „Kölnische Zeitung“ äußert: „Das Zentrum hat also wirklich die Grausamkeit gehabt, bei der heutigen entscheidenden Abstimmung über das Septennat, wie wir das längst mit gutem Grunde vorausgesehen haben, Herrn Eugen Richter mit seinen Hintermännern sitzen zu lassen. Was seine päpstliche Rundgebung vermochte, das hat der Aussall der Wahlen und die Stimmung innerhalb der Rinderheit der Zentrums-

und sie hätte ausbellen mögen, wenn sie diesen Namen ausgesprochen. Ja, sie liebte ihn mit der Leidenschaft einer Ungarin, aber sie hätte das Geheimnis ihrer Liebe wie eine echte Deutsche. Sie las in seinen Augen, daß er sie liebe, und doch erlosche sie mitunter plötzlich der Gedanke: Seine Augen lügen. Wie eine drohende Warnung drängte sich in ihre Liebe hinein der Gedanke an die Lorelei. „Wer sie einmal gesehen, kann sie nie wieder vergessen“, hatte Doktor Wiesner gesagt. Diese Worte bargen ein Geheimnis, und der Gedanke an die Lorelei hielt Etelka's Liebe in Fesseln.

Im Januar war Etelka's Geburtstag. Derselbe sollte, wie immer festlich begangen werden. Am Tage vorher traf Eleonore v. Burgsdorf, eine Koufine Etelka's, zu längerem Besuch ein. Etelka hatte sie seit der Kinderzeit nicht gesehen und schaute fast erschrocken auf die Schönheit dieser Koufine, die sie um eines Kopfes Länge überragte. Etelka glaubte noch nie eine so imponierende Gestalt gesehen zu haben. Wie Schnee und Rosen erstrahlte Eleonore's Teint, und der Blick der großen, blauen Augen beängstigte Etelka fast. Welches Haar Eleonore hatte! Das war kein Blond, das war wie Gold, wie flüssiges Gold, das blendend wirkte. Haar wie Gold! „Lorelei!“ flüsterte Etelka vor sich hin, und hatte ein Gefühl, als presse eine kalte Hand ihr das Herz zusammen.

„Warum starrst Du mich so an, Etelka?“ fragte Eleonore, und strich mit der kläglich schmerzhaften Hand das Goldhaar aus der Stirn zurück. „Eleonore, wie schön bist Du!“ sagte Etelka. Da kam ein Lachen über Eleonore's Lippen, voll eigenartigen Klanges, so daß selbst der alte Professor

fraction bewirkt: keine einzige Zentrumstimme ist heute gegen das Septennat abgegeben worden; denjenigen Mitgliedern, die sich schon vor den Wahlen ausdrück- lich oder andeutungsweise als Anhänger des Septennats erklärt hatten, gab die Parteileitung frei, für das Septennat zu stimmen, während die „Küllen“-Anhänger des Septennats mit den früheren und jetzigen Gegnern sich dahin verständigten, sich insgesammt der Abstimmung zu enthalten. So haben wir es genau vorhergesehen, als wir (Kölnische Zeitung) vom 1. März, erstes Blatt) schrieben: „Entweder hat Herr Windthorst in Köln die Wahrheit nicht gesagt, als er erklärte, dem Zentrum sei es unmöglich, für das Septennat zu stimmen, oder aber die Septennatanhänger können im Zentrum nicht ferner verbleiben, und dann muß die Zentrumspresse bestimmt 9, wahrscheinlich aber bestimmt mehr Mitglieder von der Zahl 92 (ihrer damals ge- wählten Mitglieder) abstreifen. Und weils „so viele“ sind, wird Herr Windthorst, nachdem er sich einmal in der Hauptsache so gründlich verrechnet hat, schon einen Weg suchen müssen, auf dem es einem Zentrumsmit- gliede doch „möglich“ wird, dem Wunsch des Papstes zu entsprechen.“ So ist es gekommen.

Sehr unterhaltend ist endlich das Urteil, welches der Dr. Windthorst nächst befreundete Dr. Eugen Richter über die Stimmhaltung des Zentrums abgibt. Wenn er auch nicht so unwürdig ist wie Richter, der in der „All. Korr.“ bereits von einer Abdankung des Zentrums redet, so hat er doch in der „Preussischen Zig.“ folgendes einträuen lassen: „Für die Entlohnung von der Abstimmung pflegt man in Wählerkreisen auf keiner Seite dankbar zu sein. Nach- dem die Zentrumspartei sich bei den Wahlen vollstän- dig behauptet hatte, wird diese Neutralitätsklärung in der Hauptfrage vielfach überrufen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Abstimmung als eine halbseitige Verbeugung betrachtet gegen den Willen des Papstes.“ Wenn man bedenkt, welche Verpflichtungen Herr Richter auch in Bezug auf die Sprache seiner Presse durch das Abhängigkeitsverhältnis auferlegt werden, in dem er zu Dr. Windthorst steht, wird man selbst aus dieser vergleichsweise milden Fassung der Kritik der Stimmhaltung manches herauslesen können.

Tagesgeschichte.

Berlin, 11. März. Se. Majestät der Kaiser stattete Sr. Hoheit dem Herzog von Anhalt einen Besuch ab.
Se. Kaiserl. und Königl. Hoheit der Kronprinz machte heute dem Grafen v. Lesseps einen Besuch.
Anlässlich des Geburtstags Sr. Majestät des Kaisers von Rußland fand gestern Abend bei dem Kaiserl. Majestäten eine Tafel statt zu welcher etwa 60 Einladungen ergangen waren. Unter den Gästen befanden sich außer den hier und in Potsdam an- wesenden Mitgliedern der Königl. Familie und deren Gefolge, und dem Prinzen und der Prinzessin Fried- rich von Hohenzollern, der hiesige russische Bot- schafter Graf Schadowitsch und Gemahlin, der Militär- beauftragte Oberst und Flügeladjutant Graf Welenitsch-Ratusch und sämtliche Mitglieder der hiesigen russischen Botschaft, ferner einige oberste Hof- und Oberhofchargen, der Staatssekretär Graf Her- bert v. Bismark, Generalfeldmarschall Graf Rottke, der kommandierende General des Garde- corps, General der Infanterie v. Pape, Generallieuten- ant v. Dahne, Generalmajor v. Holleben, General der Infanterie und Generaladjutant v. Wer- der und der Kommandeur des Kaiser Alexandergarde- grenadiersregiments Oberst v. Henninges etc.
Zu dem vorgestrigen Geburtstagsfeste der Gemahlin des russischen Botschafters erschien auch der Reichskanzler und zwar in der Nachmittags- stunde. Diefem Besuche folgte eine Konferenz mit dem russischen Botschafter.
In der am 10. d. M. unter dem Vorsitz des Königl. hiesigen Gesandten Grafen v. Verdensfeld- Roeder abgehaltenen Plenarsitzung des Bundes- rates wurde über die Anrechnung anderweitig jage- brachter Dienstzeit bei Berechnung des Ruhehalts

mehrerer Reichsbeamten, über die Zollbehandlung ver- schiedener Gegenstände, über Eingaben, betreffend die Errichtung von gemischten Privattransitlagern für Ge- treide, sowie ferner über eine Eingabe, betreffend das Verfahren bei der Venaturierung von Branntwein zur Effigiation, Beschluß gefasst. Der vom Aus- schuß für Handel und Verkehr vorgeschlagenen Ab- änderung der Bestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen auf den Wasserstraßen und dem Ent- wurf einer Verordnung über die Kaution des Revi- denten des Reichstriebschiffes wurde die Zustimmung erteilt. Der Entwurf eines Gesetzes für Ufah- Lotzungen über die Bestellung von Antidatationen, die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1883/84, der Geleitentwurf wegen Abänderung der Geleite über die Quartierleistung und über die Ratu- ralleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, sowie eine Erklärung Lübeds auf den Antrag des Großherzogtümern Mecklenburg, betreffend die Erledig- ung einer Grenzstreitigkeit, wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorbereitung überwiesen.

Wie die „Nordd. Allg. Zig.“ hört, hat Kaiser Alexander III. von Rußland dem Grafen Her- bert v. Bismark den Weissen Adlerorden verliehen und die hohe Ordensauszeichnung ist dem Staats- sekretär am gestrigen Tage, dem Geburtstag des russischen Kaisers, durch den Vorkämpfer Mura- wiew überreicht worden.

Der Antrag v. Kleist-Rogow, die Selbständig- keit der evangelischen Kirche betreffend, wurde im Herrenhause eingebracht und trägt 42 Unter- schritten.
Das Abgeordnetenhaus hielt heute seine 27. Plenarsitzung ab. An Stelle des Abg. Schmidt (Sagan) wurde Abg. Barth zum Schriftführer ge- wählt. Der Nachweis über die Verwendung des im Eisenbahnetat unter Titel 23 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben vorgehenden Dispositions- fonds von 1,500,000 M. wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt und der Geleitentwurf über das Verahren bei Verteilung von Immobilienpreisen im Geltungsbereich des Rheinischen Rechts in zweiter Be- ratung angenommen. Von den Petitionen, die zur Beratung gelangen, verdienen die Petitionen betreffend die Stellung der Lehrer an den Landwirtschaftsschulen und wegen Gleichstellung der Lehrer an den nicht- staatlichen höheren Lehranstalten mit denen an An- stalten staatlichen Patronats hervorgehoben zu werden. Die Kommission für das Unterrichtsreform beantragt, über die erste Petition zur Tagesordnung überzu- gehen, die zweite Serie von Petitionen der Staats- regierung als Material für die baldige gesetzliche Rege- lung der Verhältnisse der Lehrer an den nichtstaat- lichen höheren Lehranstalten zu überwiesen. Hr. Lieber schlägt vor, auch die erste Petition der Staats- regierung als Material für die baldige gesetzliche Rege- lung der Verhältnisse der Lehrer an den nichtstaat- lichen höheren Lehranstalten zu überweisen. Dieser Antrag wird mit einer redaktionellen Änderung, be- züglich der zweiten Serie von Petitionen der Kom- missionsträger angenommen. Schluß der Sitzung 10 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag.

Die in der Thronrede angekündigte Vorlage, welche den Interessen des Handwerkerstandes durch Erweiterung der den Innungen zu verleihen- den Befugnisse dienen soll, hat dem Vernehmen der „Voss. Zig.“ nach in erster Linie den Zweck, die außerhalb der Innungen stehenden Gewerbetreibenden zu gewissen Zösten, welche die Innungen auch für die dem Verbands nicht Angehörigen bisher zu tragen hatten, heranzuziehen. Die Ausgaben der Innungs- kassen für Herbergs- und Reiseunterstützungsweisen, für Arbeitsnachweise, Fachschulen etc. kamen bisher auch den Nichtinnungsmeistern und Hülfsrenten, welche Ge- sellen z. Beschäftigten, zu Gute, ohne daß die Arbeit- geber gleich den Innungsmeistern Beiträge an die Kassen zu zahlen hatten. Bisher wurden alle bei der Reichsregierung eingegangenen Anträge von Innun- gen, alle Nichtinnungsmeister etc. zu verpflichten, bestehenden Innungsstrafenlasssen beizutragen und zu den Kosten von Innungsschulen beizutragen, mit Rücksicht auf die erst neuerdings erfolgte Regelung der Kranken- versicherung und auf den gegenwärtigen Stand der Entwicklung des Fachschulwesens abgewiesen. Über den weiteren Inhalt der Vorlage, auch in der vor- letzten Thronrede des Reichstages, wurde bereits Ende vorigen Jahres gemeldet, daß eine Zentralstelle für das ganze Reich zur einheitlichen Regelung und För- derung des Innungswesens auf seiner gegenwärtigen ge- setzlichen Grundlage errichtet werden sollte.

Nachdem die Deutsch-vestafrikanische Kom- pagnie ihre erste Handelsexpedition nach Südwest- afrika abgeschickt hat, bereitet sie gegenwärtig dem „Deutschen Tagebl.“ zufolge eine zweite größere vor. Sie beabsichtigt, im April oder Mai ein eigenes Han- delsdampf, über dessen Erwerbung die Gesellschaft gegen- wärtig verhandelt, mit Waren nach den verschiedenen Punkten der Westküste zu senden. Dort sollen Faktori- en und Speichervorrichtungen aufgeschlagen werden, um deutsche Fabrikate dorthin zu hieven und sie gegen Naturprodukte einzutauschen. Die Deutsch-vestafrika- nische Kompagnie hat den Grundlag aufgestellt, aus- schließlich deutsche Fabrikate abzugeben. Weitere grö- ßere Unternehmungen werden geplant, die dazu dienen sollen, die deutschen Kolonien in Westafrika für den Abzug deutscher Industrieprodukte dienlich zu machen um die deutsche Kultur in diese Länder zu tragen. Kapitalisten und Industrielle, welche sich an dem Unter- nehmen der Gesellschaft mit Kapital oder durch Waren beteiligen wollen, mögen sich an den General- sekretär der Gesellschaft, Dr. A. Zehle, nach dem Bureau der Deutsch-vestafrikanischen Kompagnie, Ber- lin S.W., Quitlanerstraße 23 post. wenden. Prospekte und Statuten können jederzeit bezogen werden, welche genaue Auskunft über die Ziele der Gesellschaft geben.

Wien, 11. März. Kaum daß die parlamen- tarische Arbeit wieder aufgenommen ist, hat sich auch ein Ereignis eingestellt, das die öffentliche Meinung auf das lebhafteste beschäftigt. Der Budgetauschuh hat gestern bei Beratung des Etats des Unterrichts- ministeriums den Posten eines zweiten Sektions- chefs trotz warmen Eintretens des Ministers Dr. v. Sautsch und ungeachtet, daß selbst Mitglieder der Majorität letzteren unterlägen, aus „Sparsamkeits- rücksichten“ gestrichelt. Dafür waren die Mitglieder der Linken und 3 Abgeordnete der Majorität. An sich ist ja das Ereignis nicht bedeutend und gewiß steht dem Parlamente das Recht zu, an dem Staatsbudget Korrekturen vorzunehmen. Aber dies ist der zweite Sektionschef Herrmann, dessen Posten gestrichelt wurde, bereits vom Kaiser ernannt und es wird dem Ministe- rium seine Schwierigkeit machen, im Plenum eine Aemebur durchzuführen. Das Ereignis hat jedoch symptomatische Bedeutung und läßt erkennen, daß es den Slangen nun um den angeordneten Sturm auf gegen den Unterrichtsminister Ernst ist, dessen größte Sünde überdies darin liegt, daß seine Verfügungen sich zuweilen auch des Beifalles der deutschen Minorität rühmen können. Auch die Ministerien scheinen den Augenblick für geeignet zu erachten, um ihren Verge- rungsdurchzuführen, welche auf eine Umgestaltung des Reichsschulgesetzes im katholischen Sinne gerichtet ist. Die Bischofkonferenzen, welche seit einigen Tagen hier in Wien abgehalten worden, befaßten sich mit dieser Frage, deren Verwirklichung im ultramon- tainen Sinne aber Hr. v. Sautsch hindernd im Wege steht. — Man darf sagen, daß das Ergebnis der Abstimmung im deutschen Reichstage über das Septennat hier zu Lande ein Gefühl ungeteilter Befriedigung hervor- gerufen. Soweit die heutigen Blätter sich damit be- schäftigen, kann man in den beiläufigen Äußerungen der Grantung finden, daß die Annahme des Septen- nats nicht nur die Befreiung des Reiches, sondern auch die allgemeine Friedenshoffnung stärkt. Aber die nahezu beschämende Rolle, zu welcher die Preussinger verurteilt worden sind, spricht vielmehr; viel Interesse erweckt aber das Zentrum. „Freundenblatt“, „Presse“, „Deutsche Zeitung“, „Tagblatt“, sprechen alle von einer eklamanten Niederlage Windthorsts und seines Gefolges, so verschieden auch ihr sonstiger Standpunkt in der Beurteilung der Folgen des gestrigen Tages ist. — Die Regierung hat im Abgeordnetenhaus einen Geleit- entwurf eingebracht, der sic zur Fortsetzung der Steuern während des Monats April ermächtigt. Es scheint demnach wirklich, daß das Budget vor den Osterferien nicht mehr erledigt werden soll. — Heute begann das Abgeordnetenhaus die Be- ratung der Bankvorlage. Damit ist das Aus- gleichswert wieder aufgenommen; wie aber die Aus- sichten für das Zustandekommen desselben stehen, ent- zieht sich noch jeder Beurteilung. — Zeitungen mäch- ten, daß Erzherzog Rainer, welcher gegenwärtig in Venedig weil, im Laufe der nächsten Woche zu Monza eine Begehung mit König Humbert von Italien haben werde und daß diese Entzweie mit der Erneuerung des deutsch-italienischen öfter- reichischen Bündnisses in Verbindung stehen soll. — Die Vertragverhandlungen mit Rumänien haben Aus- sicht, jetzt ernstlich wieder angeknüpft zu werden.

Paris, 10. März. (Allg. Zig.) Die Hoffnung der Pariser, daß es bei der Beratung des Sep- tennats im Reichstage abermals zu heftigen Kämpfen kommen werde, ist durch dessen glatte An- nahme, die man ebenfalls nicht erwartet hatte, arg ge- ändert worden. Daß das heute geführte Septennat übrigens zur Verhütung gewisser Gefährte thätiglich beigetragen hat, wird zur Genüge dadurch bewiesen, daß die französische Presse jetzt eine sehr gemäßig- te Sprache führt, während bei einem Siege von Wind- thorst, Richter und Genossen die Nachbarn Deutsch- lands in Ost und West nicht verfehlt haben würden, in deren Triumphgeschrei einzustimmen.

Brüssel, 11. März. (W. L. Z.) In einer heute abgehaltenen Abteilungsitzung der Kammer teilte der Kriegsminister detaillierte Pläne für die Forts in Lüttich und Namur mit und fügte hinzu, die zur Verfügung stehenden Truppen reichten vollständig aus zur Bildung einer Feldarmee und zur Befehung von Lüttich und Namur. Die Feldarmee würde aus 65 000 Mann bestehen, für Antwerpen sei eine Gar- nison von 25 000 Mann, für Lüttich und Namur seien 12 000 Mann und für die anderen besetzten Plätze seien 28 000 Mann erforderlich. Die Gesamt- stärke der Armee belaufe sich mithin auf 130 000 Mann.

London, 8. März. Die Eintönigkeit der De- batten über die „Gloucesterbill“ wurde plötzlich durch die Nachricht von Sir Michael Hicks Beachs Rücktritt von dem Posten eines Staatssekretärs für Irland unterbrochen. Hicks Beach ist insolge eines fatar- lichen Augenleidens gezwungen, seine aktive Tätig- keit einzustellen, wird aber auch weiterhin als Mi- nister ohne Portfeuille dem Kabinete angehören. Die Rücktritt von seinem Rücktritte hat innerhald der konservativen Partei tiefgehenden Eindruck hervorgeru- den und beruhen, wie man wohl behaupten darf, eines empfindlichen Stos verleiht; denn die irische Frage steuert einer Kriege zu, welche die Anwesenheit eines energischen und erfahrenen Ministers vor allem nötig macht. Des abtretenden Ministers Stärke lag denn auch weniger in einer besonderen politischen Befähig- ung, als in seiner eingehenden Vertrautheit mit den irischen Angelegenheiten, wie er auch durch sein ver- schäntliches und dabei doch zielbewußtes Wesen manded- mal die Opposition zu entzweifeln wußte. Sein Nach- folger aus dem Posten eines Staatssekretärs für Irland ist Mr. Balfour, ein Raffe Lord Salla- burgh, dem viel Befähigung und ein entschlossener Charakter nachgerühmt werden. Derselbe ist aber noch jung und in den irischen Angelegenheiten unerfahren. Bisher zeichnete er sich in seiner Eigenschaft als Per- ausgeber der konservativen „The national Review“ hauptsächlich als politischer Schriftsteller aus. — Im allgemeinen wird dieser Wechsel für geeignet erachtet, die durch Lord Randolph Churchills Rücktritt ohnehin erschütterte Stabilität des konservativen Kabinetts noch mehr zu befestigen, während andererseits die libe- rale Partei täglich an Selbstvertrauen gewinnt und sich für den ihrer Ansicht nach unmittelbar bevor- stehenden Kampf rüstet. Die Befriedigungen, welche bisher zwischen dem Chamberlain und einigen Führern der Gladstonepartei stattfanden, berechtigen zu der Annahme, daß eine Wiedervereinigung der libe- ralen Partei binnen kurzem zu gewärtigen ist. De- nun das gegenwärtige Kabinett seinen Bestand einzig der Unterstützung durch die liberalen Unionisten ver- dankt, scheinen diese Symptome einer Wiedervereinig- ung der liberalen Parteien darauf hinzuweisen, daß die Lage dieses Kabinetts gelüht ist.

St. Petersburg, 8. März. Über die Auffassung der durch die jüngsten Vorgänge in Bulgarien ge- schaffenen Lage setzen der diplomatischen Kreise Ruß- lands giebt der „Pol. Korresp.“ folgende Beurteilung: Die letzten Nachrichten aus Bulgarien haben bei dem russischen Publikum jetzt eine gewisse Hoffnung angeregt, welche aber bald in ein Gefühl tiefer Angstlichkeit umschlug. Nachdem man sich eine Zeit lang der Täuschung hingelassen hatte, daß wir vor dem „Abgang von Anze“ ständen und daß die Er- hebung von Sultanz gleichsam das Vorbild einer allgemeinen Bewegung sein sollte, deren letztes Resultat sich in dem Sturz der jetzigen Regierung äußern würde, führte sich jederman- von dem traurigen Gedächte der Ofter jener misglückten Ge- staltung doppelte tief betroffen. Überdies benutzte sich die öffentliche Meinung in betreff der Reformen Bulgariens, welche die bulgarische Regierung ohne Zweifel gegen alle ihre er- greifen wird, welche sie der Teilnahme an der Bewegung verleiht oder selbst gegen diejenigen, deren stille Sympathie ein Geiße der Aufhebung war. Ganz naturgemäß richteten sich daher die Blide aller Augen auf die russische Regierung, um zu erfahren, welche Haltung letztere dem Ereignis gegenüber ein- nehmen werde. Selbstverständlich sollte es auch nicht an Unter-

reich- gänge von reich- Rejen- lomaten- gedul- einen- follen- der- leines- teilt, fonde- Parte- glaukt- über- streu- waten-
gahr- nicht- aufficht- der- hauer- dem- zum- zum-
Die- Rub- richtig- leik- leben- Wale- warte- wath- Inje- Die- über- füllig- neu- auf- die- die- nicht- tag- über- die- fien- tag- und- auf- teil- 100-

erlaubt aufhorchte und zu Baroness Ratinka sagte: „Ihr Lachen klingt zu wie Musik.“
Eleonore zeigte sich während des Abends voll sprühender Lebendigkeit. Was sie sprach, hatte wenig Gehalt, aber sie verstand die edle Kunst des Salons: über wenig viel zu reden. Sie freute sich, mehrere Wochen in Berlin zu verbringen, und freute sich beson- ders, wie sie sagte, auf die Gesellschaft in des Onkels Haus und auf die berühmten Lesende.
„Onkel“, rief sie, „nicht wahr, Du wirst Hamlet lesen und giebst mir die Rolle der Ophelia? Du wirst sehen, ich rühre euch in der Wahnsinnszene alle zu Tränen.“
Der alte Professor schüttelte den Kopf. „Auser Deinem Haar hättest Du nichts, was zu einer Ophelia gehört.“ sagte er ernst.
„D, wie wenig galant, Onkel!“ Und wieder er- klärte Eleonore wunderbares Lachen.
Evela wies auf den Geburtstagsstisch, auf dem ein kostbares, schwarzes Spitzenkleid lag.
„Schwarz, Evela, schwarz! Die Farbe der Nacht an solchem Tage! Wie paßt das zu Deinen neunzehn Jahren!“
„Schwarze Spitzen und Laborsche Diamanten sind wohl auch für ein junges Mädchen keine zu verachtende Toilette“, sagte Baroness Ratinka etwas scharf.
„Solche Kostbarkeiten hatte allerdings ein Fräulein v. Burgsdorff nicht“, entgegnete Eleonore und blätterte in einem gerade neben ihr liegenden Prachtwerk, weil sie nicht willens war, die Unterhaltung mit der Baroness fortzusetzen.
Mit klopfendem Herzen sah Evela dem Diner ent- gehen, und die Stunden bis sechs Uhr schienen ihr

kein Ende zu nehmen. Während ihr Vater und die Tante sich noch anderwärts und Eleonore noch mit ihrer Toilette beschäftigt war, ging Evela, die ihren Anzug sehr schnell vollendet hatte, rafflos in ihrem Zimmer auf und ab. Baroness Ratinka hatte recht: schwarze Spitzen und Diamanten waren kein zu ver- achtender Schmuck. Aber Evela war viel zu erregt, um zu überlegen und zu fragen, ob sie schön aussähe. So wie heute war ihr noch nie zu Mutte gewesen. Ein Gefühl der Angst vor etwas Kommemdem preßte ihr das Herz zusammen und nahm ihr den Atem. Dort stand ein Rosenstrauch, der glückverheißend schien. Woher die Trauer? woher die Angst? Sie wußte es nicht, aber sie konnte ihrer nicht Herr werden, auch nicht, als sie um sechs Uhr in das Empfangszimmer ging, wo Baroness Ratinka schon einige Gäste begrüßt hatte.

Kunstverein.

Die Ausstellung desselben bildet gegenwärtig, wenn wir von den schon kürzlich erwähnten und noch vor- handenen Gegenständen absehen, wenig neues der Be- sprechung wert. Es ist Pflicht, dabei von dem Gesichtspunkte auszugehen, daß solche Leistungen, die an sich noch nichts weiter sind, als freundliche, wohl- gemeinte Anläufe, stets am unwürdigsten ungenannt bleiben. Sie sind in besten Händen, wenn man sie dem Wohlwollen des Publikums überläßt, welches an und für sich schon ein sehr großes ist und durch das Hinzutreten eines weiterverbreiteten, wenig gewählten oder sogar schlechten Geschmackes noch in seiner Duldsamkeit gestärkt wird. Erst wenn man glaubt, daß

sich irgendwo ein wirkliches, lebensfähiges Talent regt, ist es erlaubt (wenn auch keineswegs immer nützlich), den sich im Stillen entwickelnden Besitzer dieses Talents durch Aufmerksamkeit (die nicht selten ein Riegel für die Eitelkeit wird), an die Öffentlichkeit zu ziehen. Nicht vorsichtig genug kann von diesem Mittel Gebrauch gemacht werden (und zwar auf allen Gebieten der öffentlichen Produktion). Man sollte immer erst die Überzeugung gewonnen haben, daß neben dem Talent statt der tranthaften Eitelkeit geübter Ehrgeiz vorhanden ist. Die entgegengesetzte Methode: das Er- zeugnis jeder dilettantisch dahintrappelnden Mittel- mäßigkeit namhaft zu machen, von einem „hoffnungs- vollen Künstler“ zu sprechen, wo man von einem „hoffnungslosen Stümper“ schweigen sollte, ist eine Beschädigung der Kunst. Ebenso auch eine Beschädig- ung aller derer, welche durch ihre wirklichen An- lagen ein natürliches und zugleich stützendes Recht haben, sich der Kunst zu widmen. Die Überfüllung jedes Faches ist ein Unglück in unserer Zeit, das sich täglich steigert und besonders im Felde der Künste durch das überspannte Streben der Eitelkeit nach dem sogenannten „Höheren“ einen immer größeren Unfug anrichtet. Hier ist Verminderung des Andrangs not- wendig und es muß logisch und moralisch als das Passendere erkannt werden, daß nicht etwa die Un- fähigen durch ihre Menge die Fähigen in die Enge treiben, sondern daß jene durch Nichtbeachtung oder Jurisdiktion ein Gebiet räumen müssen, welches ihnen nicht zukommt.

Die Presse könnte sehr viel für die Kunst thun, wenn sie wirklich nur die Bestrebungen der Talen- vollen berücksichtigte und unberufene Jünger aus dem

Heiligum der Künste fern zu halten suchte. Dieser kurze Prosch der Verurteilung und des Tadelmeines schafft freilich keine ellenlangen Manuskripte, aber auch keine Begriffsverwirrung, zu der Publikum und kund- liebende Laien ohnehin so sehr geneigt sind.
Sehr beachtenswert ist ein kleines jüdisches Kabi- nettsbildchen vom verstorbenen Friedrich Holz in München „Auf der Alm“. Es stellt den immer für Klippen und Bieh sehr bewegten Augenlid dar, in den den nach Salz und Mehl begierigen Knecht diese bei- den gemischter Verkörperungen in den Schindeln gesteckt werden. Die Gruppierung ist allerliebste und die Szene voll Leben.
E. G. Köster in Düsseldorf hat eine kleine Partie bei Bremen gemalt. Zu loben ist der fröhliche, freund- liche, idyllische Farbenton und das heitere Licht des Bildchens, dessen Himmel nicht färbend, aber frolich und nicht erhöhend für den traulichen Gesamt- einindruck gedacht und schwach ausgefüllt ist. Alletzst ist die Zeichnung der Bäume, die grazios am rechten Fiede stehen.
Einen landschaftlich sehr dankbaren Gegenstand, den „Kirchlein bei Löh.“ hat Stell mit Fleiß und Woh- heit liebt ausgeführt.
Unter den Bildbaurarbeiten erfreut der Kopf eines jungen Mädchens von Ed. Hüner. Von den Aquar- tellbildern sehen wir eine überaus große Landchaft von F. A. Schlegel in Dresden. Am Ufer der De- nau.“ Sie zeigt mit allem Deutlich im Mittel- und Vordergrunde eine gewissenhafte Arbeit, wie man die- selbe vom geschickten Pinself des unausfallig thätigen Malers zu erwarten hat.

Vom Reichstage.

6. Plenarsitzung vom 10. März.

Haus und Tribünen sind gut besetzt. Am Bundespräsidium: Staatssekretär v. Boetticher, Graf v. Bismarck-Schönhausen, sowie Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf, nebst Kommissarien, später Reichsanwalt Fürst v. Bismarck, Präsident v. Wedell-Biesdorf eröffnet die Sitzung um 4 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen. Eingegangen ist die Übersicht der vom Bundesrat gefassten Entschlüsse auf Beschlüsse des Reichstags aus der 4. Session (1886/87) der 6. Legislaturperiode.

Das Haus beginnt die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Etatsjahr 1887/88.

Nachdem die Spezialkommission 'Reichstag', 'Reichsanwalt und Reichsanleihe' ohne Diskussion genehmigt worden, führt im Spezialrat 'Auswärtiges Amt'.

Abg. Dr. Birchow (deutschfrei) klärt darüber, daß die Reichsanleihe ausschließlich aus Fonds zur wissenschaftlichen Erforschung Innerer und anderer Länder keine Unternehmungen mehr erhalte.

Bundeskommissar Graf v. Krauß erklärt, daß die Reichsanleihe ausschließlich aus Fonds zur wissenschaftlichen Erforschung Innerer und anderer Länder keine Unternehmungen mehr erhalte. Die Reichsanleihe soll ausschließlich zur wissenschaftlichen Erforschung Innerer und anderer Länder verwendet werden.

Abg. Dr. Birchow (deutschfrei) äußert sich über die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Reichsanwalt Fürst v. Bismarck: Ich bedauere zunächst, daß bei den niedrigen Standpunkten, von denen aus die Reichsanleihe sprach, ihre Bedingungen sehr ungünstig waren und daß die Reichsanleihe durch die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Reichsanwalt Fürst v. Bismarck: Ich bedauere zunächst, daß bei den niedrigen Standpunkten, von denen aus die Reichsanleihe sprach, ihre Bedingungen sehr ungünstig waren und daß die Reichsanleihe durch die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Abg. Dr. Birchow (deutschfrei) äußert sich über die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Reichsanwalt Fürst v. Bismarck: Ich bedauere zunächst, daß bei den niedrigen Standpunkten, von denen aus die Reichsanleihe sprach, ihre Bedingungen sehr ungünstig waren und daß die Reichsanleihe durch die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Abg. Dr. Birchow (deutschfrei) äußert sich über die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Reichsanwalt Fürst v. Bismarck: Ich bedauere zunächst, daß bei den niedrigen Standpunkten, von denen aus die Reichsanleihe sprach, ihre Bedingungen sehr ungünstig waren und daß die Reichsanleihe durch die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Abg. Dr. Birchow (deutschfrei) äußert sich über die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Reichsanwalt Fürst v. Bismarck: Ich bedauere zunächst, daß bei den niedrigen Standpunkten, von denen aus die Reichsanleihe sprach, ihre Bedingungen sehr ungünstig waren und daß die Reichsanleihe durch die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Abg. Dr. Birchow (deutschfrei) äußert sich über die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Reichsanwalt Fürst v. Bismarck: Ich bedauere zunächst, daß bei den niedrigen Standpunkten, von denen aus die Reichsanleihe sprach, ihre Bedingungen sehr ungünstig waren und daß die Reichsanleihe durch die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Abg. Dr. Birchow (deutschfrei) äußert sich über die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Reichsanwalt Fürst v. Bismarck: Ich bedauere zunächst, daß bei den niedrigen Standpunkten, von denen aus die Reichsanleihe sprach, ihre Bedingungen sehr ungünstig waren und daß die Reichsanleihe durch die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Abg. Dr. Birchow (deutschfrei) äußert sich über die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Reichsanwalt Fürst v. Bismarck: Ich bedauere zunächst, daß bei den niedrigen Standpunkten, von denen aus die Reichsanleihe sprach, ihre Bedingungen sehr ungünstig waren und daß die Reichsanleihe durch die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Abg. Dr. Birchow (deutschfrei) äußert sich über die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Reichsanwalt Fürst v. Bismarck: Ich bedauere zunächst, daß bei den niedrigen Standpunkten, von denen aus die Reichsanleihe sprach, ihre Bedingungen sehr ungünstig waren und daß die Reichsanleihe durch die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Abg. Dr. Birchow (deutschfrei) äußert sich über die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Reichsanwalt Fürst v. Bismarck: Ich bedauere zunächst, daß bei den niedrigen Standpunkten, von denen aus die Reichsanleihe sprach, ihre Bedingungen sehr ungünstig waren und daß die Reichsanleihe durch die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Abg. Dr. Birchow (deutschfrei) äußert sich über die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Reichsanwalt Fürst v. Bismarck: Ich bedauere zunächst, daß bei den niedrigen Standpunkten, von denen aus die Reichsanleihe sprach, ihre Bedingungen sehr ungünstig waren und daß die Reichsanleihe durch die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

Abg. Dr. Birchow (deutschfrei) äußert sich über die jetzt erfolgende Art der Behandlung der in dem gegenwärtigen Etat ausgeprochenen Fonds hinsichtlich der Reichsanleihe.

zung anderer englischer und französischer Nachbarn in Afrika irgend eine Störung zu besorgen haben, sind wir viel unbekannter als mit dem Kongestadt - Wir sind zum Aufgeben des Dienstes der abstrakten Wissenschaft und zum Übergang in den Dienst der angewandten Wissenschaft nicht ausschließlich aus eigenen Erwägungen veranlaßt worden, sondern auch mit Rücksicht auf die Interessen der Welt, deren hervorragende Leistungen der Herr Reichsanwalt hier in seinen ersten Ausführungen anerkannt hat und dessen bedauerliches Schicksal er gemeinlich mit auf unser Konto, in unsere Schuld schriftlich wollte, als ob es an gedrucktem Pergament untergegangen oder in Folge der Jurisdiction, welche ihm gegenüber das Kaiserliche Amt in der Anwendung der Mittel beobachtet hätte; vielmehr deshalb, weil er nicht mehr durch die abstrakte Wissenschaft die Mittel empfangen sollte, sondern direkt - eine Vorkehrung war aber die Bemerkung nicht gemacht. Aber Herr Reichsanwalt hat sich in einem seiner Briefe vom 20. April 1883 gerade in demselben Sinne ausgesprochen, wie ich mir vorher zu erlauben erlaube. Er sagt:

Wenn die deutsche Regierung nicht bald damit beginnt, die Aufwendungen des Reiches für die wissenschaftlichen Studien der Deutschen in den abstrakten Wissenschaften zu mindern und die Aufwendungen für die angewandte Wissenschaft zu vergrößern, dann wird die deutsche Wissenschaft in Zukunft nicht mehr Interesse zeigen, praktische Erfolge zu erzielen, so werden wir auch noch fortfahren, Kapital und wertvolle Menschenkräfte zum Nutzen anderer Nationen, die uns das wenig Dank wissen, zu bringen, wie wir es bisher geübt haben.

Ich glaube, hier ist der Gehalt von Herrn Reichsanwalt und Reichsanleihe, den ich habe zum Ausdruck bringen wollen. Es ist mir in bezug auf die Reichsanleihe nicht gelungen, weil ich auf diesen Kommissar eigentlich nicht eingetruhen ist in der Sache nicht vollständig orientiert war. Ich kann nur meine Bitte wiederholen: Beurlauben Sie die Regierung durch irgend eine Klausel in Bezug auf die Verwendung nicht in ihrem Schutze, die Reichsanleihe, die für die Wissenschaft praxische Erfolge nach sich ziehen, wo solche Erfolge nicht zu erzielen sind, wie Herr Reichsanwalt sagt, zum Nutzen anderer Nationen, also am Besten zum Nutzen der Engländer, die dort Erfolg geerntet haben, gemacht werden, und ich bitte, keine weitere Klausel als die vorherige der Bewilligung dieser Summe hinzuzufügen zu wollen. (Bravo: rechts.)

Nachdem auf Vorschlag des Abg. Herrn v. Hueber (Brem.) eine Resolution angenommen worden, welche dahin geht, die Einnahmen, die sich in den deutschen Schutzgebieten ergeben, im Etat für 1888/89 ersichtlich zu machen, wird auch der Etat 'Auswärtiges Amt' unverändert genehmigt.

Bei dem Spezialrat des Reichsamts des Innern erklärt auf eine bezügliche Anfrage des Abg. Dr. Baumhach (Hf.):

Staatssekretär v. Bötticher, daß die Mehrzahl der veränderten Abgaben bezüglich der Zahlung des Krankenversicherungsbeitrags der Reichsanleihe, jene kein nicht in dem Maße beträgt, daß sich hier eine Revision des Gesetzes geradezu ergibt, man sollte vielmehr erst einen Zeitpunkt abwarten, bis zu welchem man noch weitere Erfahrungen mit dem bezeichneten Gesetze gemacht haben würde.

Abg. Dr. Dingeldey (Brem.) bezieht sich wiederum, wie in früheren Jahren, den Zustand, in welchem sich die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung befindet, während

Abg. Baumhach (Hf.) erklärt, daß der Auswärtigen-Kommissar in Hamburg und in Bremen für alles Sorge trägt, was für die Ausstattung von Auswandererlistungen nötig ist. Abg. Herr v. O. (deutschfrei) sagt nunmehr, wie in früheren Sessionen, die Reform des Unterjochensystems Angelegenheit an, erwidert

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, daß trotz der nahezu vollständigen Ausschöpfung der Bundesrenten und der Reichsfinanzen mit einer Reform des Gesetzes betreffend die Unterjochensysteme in nächster Zeit noch nicht werde befaßt werden, weil es ratsam erscheint, erst die weiteren Stadien der Sozialreform abzuwarten. Wenn man erst die Alters- und Invalidenversicherung zur Hand genommen hat, und die Veränderungen in der nächsten Session einbringen zu können, (Schluß des Beschlusses: rechts.)

Abg. Herr v. O. (deutschfrei) sagt nunmehr, wie in früheren Jahren, den Zustand, in welchem sich die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung befindet, während

Abg. Herr v. O. (deutschfrei) sagt nunmehr, wie in früheren Jahren, den Zustand, in welchem sich die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung befindet, während

Abg. Herr v. O. (deutschfrei) sagt nunmehr, wie in früheren Jahren, den Zustand, in welchem sich die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung befindet, während

Abg. Herr v. O. (deutschfrei) sagt nunmehr, wie in früheren Jahren, den Zustand, in welchem sich die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung befindet, während

Abg. Herr v. O. (deutschfrei) sagt nunmehr, wie in früheren Jahren, den Zustand, in welchem sich die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung befindet, während

Abg. Herr v. O. (deutschfrei) sagt nunmehr, wie in früheren Jahren, den Zustand, in welchem sich die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung befindet, während

Minister Bronsart v. Schellendorf: Das vom Herr Reichsanwalt ausgeprochene ist dem Kommissar zur Revision übergeben, da die Sache bezüglich in der That unzureichend ist. Ich lege auf diese Revision hohen Wert, da es vor dem Reiche steht, seine Familie finanziell genügend gesichert zu sein. (Beifall.)

Nachdem auch die nicht an die Budgetkommission verwiesenen Teile dieses Etats unverändert bewilligt worden, ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr; Tagesordnung: 3. Lesung der Militärvorlage, Rechnungsansätze und Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats.

Schluß gegen 4 Uhr.

7. Plenarsitzung vom 11. März.

Am Tische des Bundesrates: Staatssekretäre v. Boetticher, Dr. Jacobi, Dr. v. Schelling, Kriegsminister Generalleutnant Bronsart v. Schellendorf, Chef der Admiralität v. Caprioli, Generalmajor v. Hänisch, Graf v. Lerchenfeld-Röfering, Generalmajor v. Kulanter, Staatsrat v. Schmidt, Direktor im Reichsdachamt v. Schenborn, geh. Oberjustizrat Starke.

Präsident v. Wedell-Biesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Das Haus tritt in die dritte Beratung der Militärvorlage. Die einzelnen Paragraphen des Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, werden ohne Debatte angenommen, ebenso das Gesetz im ganzen in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 31 Stimmen; 84 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. (Vehementes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen) Die Abstimmung fand in derselben Weise, wie bei der zweiten Lesung statt, so daß also beide konservative Parteien, die Nationalliberalen und 7 Zentrumsmitglieder für, die freisinnige Partei und Sozialdemokraten dagegen stimmten. Das Gros desentrums enthielt sich der Abstimmung, Elsäßer und Polen waren überhaupt nicht amwesend.

Es folgt die Debatte über die vom Abg. Ricker beantragte Resolution, betr. die Erhebung einer Reichseinkommensteuer. (Der Wortlaut der Resolution findet sich in der Donnerstagsnummer unserer Blätter. D. N.)

Abg. Ricker (Hf.): In der nationalliberalen und auch innerhalb anderer Parteien, z. B. beim Prof. Klotz Wagner sind ähnliche Ideen, wie die in meiner Resolution ausgesprochenen schon längst aufgetaucht. Ich beziehe mich in diesem Sinne auf Versprechen des Abg. Biquel vom Jahre 1869. Es ist notwendig, daß man sich diesen Gedanken von der Reaktion von 1873 ganz vergriffe zu haben scheint. Es gibt kein gesetzliches Hindernis für eine solche Reform; und weshalb will man denn die Einzelstaaten zu einem solchen Vorhaben verleiten? Welche Störung sollte der Reichseinkommen durch die Reichseinkommen werden? Wäre die Einkommensteuer in den Einzelstaaten nicht schon durch die Einkommensteuer der Reichseinkommen zu ersetzen? Wäre die Einkommensteuer in den Einzelstaaten nicht schon durch die Einkommensteuer der Reichseinkommen zu ersetzen? Wäre die Einkommensteuer in den Einzelstaaten nicht schon durch die Einkommensteuer der Reichseinkommen zu ersetzen?

Abg. Herr v. Hueber (Brem.): Der Herr Reichsanwalt hat verstanden, die nationalliberale Partei auf ihre früheren Programme zurückzuführen. Es ist er gemeint, eine solche unbedeutende Steuer ist doch leicht zu erheben auf dem Wege der Constanzierung, wenn die Reichseinkommenverhältnisse entsprechend sind. Abg. Biquel (Hf.) sagt: Diese Idee geht es aber nicht, eine Reichseinkommensteuer einzuführen - wegen der großen Schwierigkeit der direkten Steuerreform in den Einzelstaaten. Die im Prinzip mit dem Herr Reichsanwalt in bezug auf die Erhebung der direkten Einkommensteuer einverstanden, glauben aber, daß diese nur auf dem Wege der Gesetzgebung der Einzelstaaten zu erreichen ist.

Abg. Biquel (Hf.) sagt: Wir sind Anhänger einer einzigen Progressiv-Einkommensteuer, wir gehen deshalb weiter und legen alle neuen Ausgaben auf diesem Wege gedeckt werden. Wir machen der deutschliberalen Partei den Vorschlag, daß sie der Militärvorlage auf 2 Jahre zugestimmt hat, ohne vorher etwas zu sein, so die Reichseinkommensteuer angenommen würde. Die Abg., dem Reichseinkommen zu bewilligen, die er doch nur für Militärzwecke ausgeht, haben mir durchaus nichts zu sagen. Es ist die Reichseinkommensteuer mit großer Majorität angenommen, so werden wir auch die Mittel dazu bewilligen, sie auszuführen. Deshalb können wir, trotz der Erhebung der direkten Einkommensteuer einverstanden, glauben aber, daß diese nur auf dem Wege der Gesetzgebung der Einzelstaaten zu erreichen ist.

Inzwischen ist von der nationalliberalen Partei folgender Antrag eingebracht:

„In Erwägung: daß die beschlossene direkte Progressiv-Einkommensteuer der Reichseinkommen neben der Ausbesserung und Erhöhung der indirekten Belastung an sich berechtigt ist, die Erreichung dieses Zieles insofern auf dem in der Resolution vorgeschlagenen Wege der Einführung einer Reichseinkommensteuer, wegen der großen Schwierigkeit der in Deutschland bestehenden direkten Belastung der Einkommens aus bei einer zureichenden Veranlagung einer Reichseinkommensteuer entgegenstehenden Hindernissen, jedenfalls zur Zeit mit den größten Schwierigkeiten verbunden sein und eine Veranlagung der vorliegenden, das gleiche Ziel verfolgenden Reform der Steuerreform in den Einzelstaaten, (soweit dieselbe nicht durchgesetzt ist, veranlassen würde);

In Erwägung: daß daher die in der Resolution des Herrn Reichsanwalt enthaltenen Vorschläge, welche oberhalb auf die richtigen Grundzüge nicht entsprechende Forderung eines bestimmten Höchstmaßes und unbedeutender Steuern abzielen und das für die Reichseinkommen in gleicher Höhe heranzuziehen wollen, in der gegenwärtigen Lage keine geeignete Grundlage für die Bildung, wenn auch nur teilweise Erreichung der für das Reich und für die Einzelstaaten dringend erforderlichen Mittel, sowie für die Befähigung der unbedeutenderen Bevölkerung zu enthalten;

geht der Reichstag über diese jetzt Tagesordnung über.“

Der Antrag ist von Dr. Abbe (natl.) und 14 Genossen unterzeichnet.

Abg. Dr. Biquel: Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Reichseinkommensteuer die Rechte der direkten Besteuerung ohne Zweifel gewährt. Der Reichsanwalt hat sich auf seine eigenen früheren Äußerungen bei Beratung der Resolution des Reichseinkommen Bundes berufen. Ich frage mich darüber, daß ich

nach heute auf denselben Standpunkt stehe, nicht als in Bezug auf die Reichseinkommensteuer, diese Steuern zu erheben, sondern auch in der Beziehung, daß ich den Reichsanwalt immer noch als möglich halte, was wir zur direkten Steuer im Reich übergehen können. Der ganze Streit ist nur die gegenwärtige finanzielle Lage, die das Verhältnis auf dem Wege, den er zur Zeit beschlüssig, verändert werden kann - aber nicht. Ich will Ihnen noch mehr sagen: da die Resolution des Reichseinkommen die Rechte der Reichseinkommen durch die Befreiung der Reichseinkommen, so würden wir, indem wir die direkten Steuern an ihre Stelle setzen, sie zu einer Erhöhungsbasis machen. Über diese Punkte sind gar keine Differenzen vorhanden. Das aber die Resolution in der Beziehung in Deutschland einig, für bestimmte Zwecke eine bestimmte Steuer legt. Herr Reichsanwalt hat sich darüber geäußert, daß man die Resolution ein Wahlmandat genannt habe. Wenn man die Sache objektiv ansieht, so muß ich gefahren, daß Herr Reichsanwalt diese Resolution sehr leicht zu dieser Annahme verführen konnte. (Sehr richtig!) Der Antrag ist eingetracht gegenüber der damals beschlossenen Militärvorlage, er ist gestellt worden von Seiten der Reichseinkommen, welche man zu gleichem Zeit befristete. Da konnte dieser Wandel leicht eintreten, wenn ich ihn, wie ich Herr Reichsanwalt nicht für begründet halte. (Beifall.) Ja, das meine ich ganz ernst! (Beifall.) Die Resolution hat aber noch einen anderen Mangel, den ich noch hier erwähnen will. Wir haben es nicht für richtig, daß die Reichseinkommensteuer die indirekten und nicht indirekten Einkommen ganz gleichmäßig trifft. (Sehr richtig!) Die Resolution, daß die der Reichseinkommen ist, bei progressiven Steuern zu unterscheiden zwischen dem unprogressiven, das Leben des Lebens überdauernden Einkommen und dem, was aus den Leistungen des lebenden Menschen hervorgeht und mit seinem Tode wieder verschwindet. Das Alles würde aber kaum gründlich sein, gegen die Beiträge zu erklären, man würde möglicherweise Vorteile machen können, und es wäre möglich gewesen, sich zu verhalten. Das Wesen der Sache liegt anders. Gewiß geht es nicht, daß man sich auf theoretischen Grundrissen gegen eine Reichseinkommensteuer auspricht, wenn man als praktischer Politiker in einer gegebenen Lage einen solchen Antrag stellt als einen theoretischen erhebt. Ich teile die Ansicht, die von verschiedenen Seiten hier ausgedrückt worden ist, samentlich von Herrn v. Hueber, daß gegenüber der in den letzten Jahren bestehenden Ermehrung der indirekten Belastung des deutschen Volkes eine Sicherung der Verbrauchsabgaben nicht gerecht und billig ist; eine Kompensation gegenüber den jetzt nachgehenden Ausgaben von Reich, Staat und Gemeinde ist in einer höheren direkten Erhebung der Progressiv-Einkommen zu suchen. (Sehr gut!) Diesen Standpunkt teile ich vollständig, aber, daß der Weg, den die Resolution vorschlägt, um dies Ziel zu erreichen, nicht praktikabel ist. (Sehr richtig!) Wenn man in Deutschland leben will, ob das an sich noch den jedwedenfalls kulturpolitischen verlässlichen aber doch noch sehr wichtigen richtige Verhältnis zwischen direkter und indirekter Besteuerung abschritten ist oder nicht, dann darf man sich keineswegs allein lassen an das Reich, sondern man muß die Gegenwart der einzelnen Staaten, welche eine Leistung zu tragen hat, also die Kosten im Reich, Staat und Gemeinde zusammen abdecken. Dann ist ein Vergleich möglich. Wenn ich diese Aufgaben zusammenbringe und einen Vergleich anstelle mit den Kosten der anderen Staaten, so stellt sich das Verhältnis der Belastung von Staat und Gemeinde in Bezug der direkten Steuern in Deutschland noch immer günstiger, wie in Frankreich und selbst in England und Amerika. Ich bin ja mit dem Kollegen Ricker vollkommen einverstanden, daß es unter den gegenwärtigen Kultur- und Finanzverhältnissen der europäischen Staaten (so richtig unmöglich ist, Verbrauchsabgaben ganz zu ersetzen und auf die indirekten Steuern zu verzichten, daß also ein normales Verhältnis zwischen direkter und indirekter Belastung überaus unerlässlich ist. Man ist aber an und für sich gar nicht erwiesen, daß dieses Verhältnis in Deutschland erheblich überhöht ist, namentlich, wenn wir das in dieser Beziehung bestehende Verhältnis verglichen mit den übrigen Kulturstaaten; im Gegenteil, man kann wohl mit mehr Wahrscheinlichkeit das andere zu behaupten. Sowie es aber ungewollt ist, für den einzelnen Steuerzahler ist es vollkommen gleichgültig im Effekt, bezüglich dieser richtigen Wege zwischen direkter und indirekter Besteuerung, ob er die direkte Steuer im Reich zahlt, oder in den Einzelstaaten; das kommt für den einzelnen Steuerpflichtigen vollkommen gleichmäßig heraus. Wenn nun die Herren es für genügend halten, gegenüber der so erheblich gehiegenes Verbrauchsabgabe in dem Reich nicht möglich schnell und entlich eine Erhöhung der indirekten Belastung der Reichseinkommen heranzuziehen der größeren Einkommen beizubehalten, so muß ich an sie die Frage richten, ob sie es für wirtschaftlicher und leichter durchzuführen halten, diese Erhöhung in der gegenwärtigen politischen Lage innerhalb 5 deutschen Reiches durchzuführen als in den Einzelstaaten. (Beifall: rechts!) Da bin ich entschieden entgegengelegter Ansicht. Kollege Ricker hat sich auf verschiedene Begründungen berufen, gleichmäßig als auf Antisozialen. Ich möchte ihn im Allgemeinen nicht darin folgen, aber ich halte mich doch durch einen Artikel, den er selber ausgesprochen hat, an der 'Allgemeinen Zeitung' angeschlossen. Dort wird gesagt, daß man es für unmöglich halten müsse, auf die bestehenden Einkommensteuern der Einzelstaaten eine neue Reichseinkommensteuer zu prägen. Hierin liegt die Entfesselung. Herr Kollege Ricker hat von mir eine Rede aus dem Jahre 1877 citiert. Wenn diese Rede heute nicht mehr ganz gültig, wenn ich Erfahrungen gemacht hätte, wenn die politische Lage heute eine ganz andere ist, so würde ich mir gar nicht daran setzen zu sagen, daß ich heute anderer Meinung bin. Aber ich bin heute noch genau derselben Meinung wie 1867. Wenn es möglich wäre, aus den Einzelstaaten die Reichseinkommen und progressiv-Einkommensteuer auf das Reich zu übertragen, wenn wir nur eine einheitliche Einkommensteuer in den deutschen Staaten hätten, die Einzelstaaten daraus verzichteten, und so würde ich die Reichseinkommensteuer vorgezogen. Kann man heute aber, ob die Herren daran glauben, daß, wie die Tage heute liegen, die Einzelstaaten auf die direkte Steuer verzichten, ihre ganze Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer ausgeben und an das Reich abtreten würden. Da ist gar nicht daran zu denken. Herr v. Hueber hat nun aber, da dies eine Möglichkeit ist, die kaum gedacht werden kann, mit Recht darauf hingewiesen, daß es ja der größte Schwierigkeit in der Durchführung, zu größerer Ungleichheit in der Belastung führen würde, wenn man auf die gegenwärtig bestehende progressiv-Einkommensteuer in den Einzelstaaten noch eine einheitliche Reichseinkommensteuer daraufsetzt. Wir haben schon in den Gemeinden die Erfahrung gemacht, zu welchen Konsequenzen es führt, wenn die Gemeinden neben der Reichseinkommensteuer eine selbständige Einkommensteuer veranlagten wollten. Und man hat bei der allgemein als unauflöslicher erachtet, man ist übergegangen zu dem System der Heiligkeit. Dies letztere System ist aber seitens des Reiches in den Steuern der Einzelstaaten, was ein durchgeführte Reichseinkommensteuer abzuheben würde. Wir würden also notwendig kommen zu einer selbständigen Veranlagung der Reichseinkommensteuer. Ob diese sich begreift auf 150 000 oder 200 000 Personen, das macht nach meiner Meinung um so weniger einen Unterschied, als die die als arbeitsschaffendsten Steuerkräfte sind, die lang eingeht dort also ebenfalls würde als bei den niedrigen Stellen, vielmehr noch progressiv höher. Ich brauche nicht die Lage anders als in verschiedenen anderen deutschen Ländern; Brauchen hat eine sehr ungünstige Entwicklung, die der Wahrheit sehr wenig nahe kommen würde, und es würde eine ganz verhängnisvolle Veranlagung unter allen Umständen daraus entstehen. Wenn die allgemeine Einkommensteuer in den verschiedenen (süddeutschen) Staaten neben der Reichseinkommensteuer beibehalten, so würde das ja einer verschiedenen Belastung der Einkommenssteuer führen und die große Ungleichheit erzeugen. Ich will nicht die Möglichkeit einer Reichseinkommensteuer für die Zukunft betreiben, aber gegenwärtig ist es unmöglich, um die Defizit im Reich und in den Einzelstaaten zu beseitigen, an einem Mittel zu greifen, von welchem man sich sagen muß, daß es rein unauflöslich ist, (sowohl wegen der unzureichenden Schweregrad als auch des Widerstandes der Einzelstaaten. D. N.) Ich teile, wie gesagt, nicht

Dresdner Börse, 12. März 1887.

Table with 2 columns: 'Deutsche Reichsanleihe' and 'Staatspapiere'. Lists various bonds and securities with their respective values and interest rates.

Table with 2 columns: 'Russische Staatsanleihe' and 'Staatspapiere'. Lists Russian government bonds and securities.

Table with 2 columns: 'Bank- und Kreditaktien' and 'Staatspapiere'. Lists bank and credit stocks along with other securities.

Table with 2 columns: 'Industrieaktien' and 'Staatspapiere'. Lists industrial stocks and other securities.

Table with 2 columns: 'Eisenbahnaktien' and 'Staatspapiere'. Lists railway stocks and other securities.

Textual report titled 'Dresdner Börse vom 12. März'. Discusses market conditions, interest rates, and the performance of various securities.

Table titled 'Neueste Börsennachrichten'. Contains the latest market news and price updates for various securities.

Table titled 'Rus. Anleihe'. Lists Russian bonds with columns for 'Rus. vom 10.' and 'II.'.

Table titled 'Frankfurt a. M.'. Lists Frankfurt securities with columns for 'Rus. vom 10.' and 'II.'.

Table titled 'Wien, Freitag, 11. März'. Lists Vienna market news and prices.

Table titled 'St. Petersburg, Freitag, 11. März'. Lists St. Petersburg market news and prices.

Textual notices and advertisements, including 'Invalidendank für Sachsen', 'Gingelne Nummern', and 'Robert Braunes'.

Ernst Rehm, Potschappel empfiehlt sich zur Anlieferung von Steinkohlen, direkt von der Grube. X sowie Coaks in ganzen und halben Fuhrn.

Technische Staatslehranstalten zu Chemnitz.

Am 18. April 1887 beginnt ein neuer Lehrkursus der Königl. höheren Gewerbeschule, Abteilungen für mechanische und chemische Technik, der Königl. Werkmeisterschule für Maschinenbauer, Schloffer, Spinner u. s. w. und der Königl. Mästerschule.

Die Institution der technischen Staatslehranstalten zu Chemnitz. Regierungsrat Prof. Berndt.

Nähmaschinenfabrik u. Eisen-giesserei vorm. Seidel & Naumann Dresden.

Die geehrten Herren Abnehmer werden hierdurch zu dem 30. März c. nachmittags 4 Uhr im Hotel-Restaurant abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung ersucht eingeladen.

Tagesordnung:

- a) Vortrag des Geschäftsberichts der Direktion, wie des Berichtes des Aufsichtsrates über die vorliegende Jahresrechnung und Bilanz. b) Beschlussfassung über dieselben und über Erteilung der Dividende an den Bes. d. B.

Diejenigen Herren Abnehmer, welche an dieser Versammlung teilnehmen wollen, haben nach § 13 der Statuten, ihre Aktien ohne Talon und Coupons entweder dem die Präsenzliste führenden Notar vor Beginn der Verhandlungen vorzulegen oder dem 25. bis 30. März im Fabrikkomplex oder bei der Bankfirma Wm. Haasenstein & Co. hiermit zu deponieren.

Der Vorstand. Bruno Naumann.

Vereinigte Bautzner Papierfabriken.

Die fünfzehnte ordentliche Generalversammlung unserer Aktien-Gesellschaft soll Dienstag, den 29. März d. J., vormittags 11 Uhr, im Saale des „Hotels zur Weintraube“ abgehalten werden.

Tagesordnung:

- 1) Vortrag des Geschäftsberichts für das Jahr 1886. 2) Beschlussfassung über die Bilanz, Verteilung des Reingewinnes und Erteilung des Vorzuges.

Das Versammlungslokal wird 10 1/2 Uhr geöffnet. Die Legitimation als nach § 18 der Statuten fähiger Aktionär hat durch Vorlegung von Aktien oder eines Scheines über gefundene Hinterlegung derselben an dem Geschäftskomplex, oder bei den Herren W. Haasenstein & Co. hier und in Bismarck, No. 100 in Dresden und Pöcher & Co. in Leipzig zu geschehen.

Die Direktion. Alf. Bergmann. G. Kommeren.

Mochmann'sche Lehr- u. Erziehungsanstalt Christianstraße 8. (Elementarschule, Progymnasium und Realgymnasialklassen.)

Anmeldungen für das am 18. April beginnende neue Schuljahr werden von dem Unterrichtsamt täglich von 12 bis 1 Uhr entgegengenommen.

Direktor P. Mochmann.

Meteorologische Station zu Dresden, Forststraße 25.

Table with 7 columns: Tag, Stunde, Thermometer nach C., Barometer nach mm, Windrichtung, Windstärke, Temperatur in Celsius, Allgemeines. Data for days 10, 11, 12.

Telegraphischer Wetterbericht des Königl. sächsischen meteorologischen Instituts zu Chemnitz.

Table with 4 columns: Gegenbes des Polarstrichs, Regenreiche Küste, Ostseegebiet, Nordseegebiet, Kanal, diefeite Seite, Norddeutsches Binnenland, Süddeutsches Land.

Vorausichtige Witterung für den 13. März (auf Grund unvollständiger Beobachtungsdaten) Witterung am Nord. Durchschnittlich starke Bewölkung mit großem und heftigem Niederschlag. Temperatur nachts unter Null. - Bemerkung: Stürmisch.

Wasserstände in Centimetern.

Table with 4 columns: Datum, Weidau, Hjar., Gger., Elbe. Data for 11. März and 12. März.

Für die Gesamtstellung verantwortlich: Otto Kund, Vorsteher der Wasser- und Kanalarbeit.

Kgl. Conservatorium für Musik in Dresden.

Beginn des 32. Studienjahres am 1. April d. J. Die erste Abteilung bezieht eine höhere musikalische, praktische und theoretische Ausbildung für diejenigen, welche die Beschäftigung mit der Kunst (oder mit der Schulpflicht) zur Hauptaufgabe ihres Lebens machen wollen.

Der Direktor: Friedrich Pador, Königl. Hofrath.

G. C. Höfgen en gros en detail Kranken- und Kinder-Wagen-Fabrik. Königsbrücker Str. Nr. 75. Zwingerstrasse Nr. 8. Telephone No. 622. 315.

Franko! Neueste Muster! Neueste Muster! Neueste Muster! Die vorstehenden auf Verlangen franko an Jedermann die neuesten Muster der für gegenwärtige Saison in bester größter Reichhaltigkeit erschienenen und in unserem Lager vorräthigen Stoffe zu Herrenanzügen, Paletots, Regenmänteln, wasserdichten Loden, Doppelstoffen u. s. w. liefern wir Originalfabrikpreisen, unter Garantie für maßgerechtere Ware, prompt und portofrei jedes Quantum - das größte wie das kleinste - auch nach den unterstehenden Angaben.

Tuchausstellung Augsburg (Wimpfheimer & Cie.) in Augsburg.

Sommer-Saison. Unterzeichnetes Special-Haus zeigt hiermit den Eingang seiner „Neuerheiten“ in Elsasser Gardinen- u. Möbelstoffen. Elsasser Waschkleiderstoffen. 7 Waisenhausstrasse 7 (Palais Gutenberg).

Kirchennachrichten für den Sonntag Oculi, den 13. März 1887, und die folgenden Wochentage. Evangelisch-lutherische Landeskirche. Texte: Rom. 1. Joh. 1, 1-16. Mat. 1. Petri 2, 21-23.

Evangelisch-reformierte Kirche. Reformierte Kirche. Deutsch-katholische Gemeinde. Andere Kirchen und Religions-gemeinden. Nächtliche Kirche. Sonntag vorm. 11 Uhr Stange und darauf (12 Uhr) die Familien (Tobener) für den vorhergehenden Sonntag (11. von Hülshaus). Abends 6 Uhr zur Fortsetzung Gottesdienst. - Montag, 12. März, zur Fortsetzung des Gottesdienstes (11. von Hülshaus, vorm. 11 Uhr Stange mit Techem.

Verd von H. C. Leubner in Dresden.